

1 Rechtlicher und organisatorischer Rahmen

1.1 Gesetzliche Grundlagen und Vorgaben

Die gesetzlichen Grundlagen des vorliegenden Planes sind:

- die Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21.05.1992 (Abl. EG Nr. L 206 vom 22.07.1992), zuletzt geändert durch die Richtlinie 97/62/EG vom 27.10.1997 (Abl. EG Nr. L 305 vom 08.11.1997) (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, kurz: **FFH-Richtlinie**)
- das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz), zuletzt geändert durch Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Anpassung anderer Rechtsvorschriften (**BNatSchGNeuregG**) vom 25.3.2002 (BGBl 2002, Teil I, S. 1193 ff.)
- das sächsische Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (**SächsNatSchG**) in der Fassung vom 11.10.1994 (SächsGVBl. S. 1601, 1995 S. 106), zuletzt geändert am 05.05.2004 (SächsGVBl. S. 148)
- das Waldgesetz für den Freistaat Sachsen (**SächsWaldG**) in der Fassung vom 10.04.1992, (SächsGVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Art. 19 des Gesetzes vom 06.06.2002 (SächsGVBl. S. 168, 172) als Lex specialis für die Waldbewirtschaftung
- die für die Bundeswehr bindende „Richtlinie zur nachhaltigen Nutzung von Übungsplätzen in Deutschland“ (**VMBI 2002**, S. 339-348), die u.a. auch Regelungen für die Natura 2000-Gebiete auf militärischen Liegenschaften (FFH- und EU-Vogelschutzgebiete) enthält
- die im Entwurf (Stand 01/03) vorliegende Verwaltungsvorschrift „Arbeitshilfe zur Anwendung der bundes- und europarechtlichen Vorschriften zum Aufbau und Schutz des europäischen ökologischen Netzes Natura 2000“ (kurz: **VwV Arbeitshilfe**), auf die im Hinblick weiterer rechtlicher Grundlagen an dieser Stelle verwiesen wird

Als Hauptziel der FFH-Richtlinie ist die Förderung des Schutzes der biologischen Vielfalt zu nennen. Für die aus europäischer Sicht bedrohten Lebensräume und Arten (s. Anhänge I und II der FFH-Richtlinie) werden besondere Schutzgebiete ausgewiesen (FFH-Gebiete), wobei die folgenden zu unterscheiden sind:

- Vorgeschlagene FFH-Gebiete, die über das BMU an die EU gemeldet wurden (**pSCI**),
- Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (GGB oder **SCI**), die von der EU bestätigt wurden (Beginn der Sicherungspflicht nach Art. 6 FFH-Richtlinie) und
- besondere Schutzgebiete (BSG oder **SAC**), die innerhalb von 6 Jahren nach Erstellung der Liste von „Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung“ auf der Grundlage des in Nationales Recht (BNatSchG und SächsNatSchG) umgesetzten EU-Rechtes (FFH-Richtlinie) auszuweisen sind.

Die FFH-Gebiete bilden mit den Vogelschutzgebieten nach RL 79/409/EWG des Rates vom 02.04.1979 (Amtsblatt EG Nr. L 103 S. 7), zuletzt geändert durch RL 97/62/EG vom 27.10.1997 (Amtsblatt EG Nr. L 305 S. 42) das kohärente ökologische Netz „Natura 2000“.

Entsprechend einer Bekanntmachung vom 27.11.2001¹⁾ hat das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft das FFH-Gebiet „Dünengebiet Dautzschen-Döbrichau“ in den vorliegenden Grenzen an die EU-Kommission gemeldet. Der

¹⁾ veröffentlicht im Sächsischen Amtsblatt, Sonderdruck 9/2001 vom 12.12.2001: Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die beabsichtigte Meldung von Gebieten für das Europäische Ökologische Netz „Natura 2000“ („FFH-Gebiete“).

Managementplan für den FFH-Gebietsvorschlag dient der Ersterfassung von Lebensraumtypen (Anhang I FFH-RL) und der Vorkommen von Arten (v.a. Anhang II FFH-RL), deren Bewertung und der Ableitung notwendiger Maßnahmen. Als planungsrelevante Bereiche gelten die LRT- und LRT-Entwicklungsflächen, Habitatflächen von Anhang-II-Arten sowie ggf. weitere Maßnahmenflächen.

1.2 Organisation

Für die Aufstellung des Großteils der FFH-Managementpläne sind die Staatlichen Umweltfachämter zuständig. Das Landesamt für Umwelt und Geologie ist beauftragt, die notwendigen landeseinheitlichen Vorgaben zur Methodik und zu Inhalten von MaP in enger Abstimmung mit den anderen berührten Fachbehörden zu erarbeiten.

Zur fachlichen Begleitung der Managementplanung obliegt dem StUFA Leipzig als federführender Behörde die Bildung der Regionalen Arbeitsgruppe (RAG), die sich aus folgenden Behörden und Institutionen bzw. aus deren Vertretern zusammensetzt:

Behörde/Institut:	Name:
StUFA Leipzig	Frau Pohlack (FFH-Projektmitarbeiterin)
StUFA Leipzig	Herr Straube
RP Leipzig, HNB (Ref. 65)	Herr Dr. Legler
LRA Torgau-Oschatz	Frau Dr. Wache
LFP	Frau Kießling
Sächsisches Forstamt Falkenberg	Herr Voigt
Bundesforstamt Annaburger Heide	Herr Hurtig
Unterstützungspersonal des Standortältesten des Standortes Schönewalde-Holzdorf	Herr Andres
Büro RANA	Herr Meyer
Büro RANA	Frau Otto
Büro RANA	Frau Taut

Die erste Anlaufberatung der RAG fand am 21. April 2004 statt, um alle Mitglieder der RAG über den aktuellen Stand der FFH-Managementplanung zu informieren. Des Weiteren beinhaltete die Sitzung die Vorstellung des Werkvertragnehmers, den Informationsaustausch zum Gebiet und die Besprechung der weiteren Arbeitsschritte.

Am 11.11.2004 fand im Rahmen einer 2. RAG die Vorstellung und Diskussion des Vorläufigen Endberichtes statt.